

Schweizer Engagement für «Atalanta» ist heuchlerisch

Die Schweizer Beteiligung an der Piratenjagd vor Somalia ist reine Symptombekämpfung. Das EDA hat für Afrika keine politische Strategie, schreibt Tobias Hagmann

Kaum ein afrikanisches Ereignis sorgt derzeit für so grosses Interesse wie die Piraterie vor Somalias Küste. Dreiste Seeräuber kaperten im letzten Jahr Dutzende von Schiffen, die den Golf von Aden zwischen Somalia und der arabischen Halbinsel passierten. Sie erpressten geschätzte 30 Millionen Dollar Lösegeld und bedrohen weiterhin eine der weltweit wichtigsten Handelsrouten.

Nur knapp entrann ein Schweizer Frachter Ende 2008 der Kaperung. Darauf beschloss der Bundesrat am 25. Februar, sich mit 30 Soldaten an der von der EU koordinierten Anti-Piraterie-Operation «Atalanta» zu beteiligen. Aussenministerin Micheline Calmy-Rey verkündete optimistisch: «Die Soldaten sind für ihren Einsatz motiviert.» Die Politiker sind noch nicht so weit. Das Parlament äussert sich im Juni dazu. Während die SVP hinter dem geplanten «Atalanta»-Einsatz eine Annäherung an die Nato befürchtet, lehnt ein Teil der Linken die Aktion aus pazifistischen Gründen ab.

Niemand stellt jedoch die Frage, was die 10 Millionen Franken teure Aktion in somalischen Gewässern bewirken wird. Geflissentlich klammert der Bundesrat die politischen Hintergründe der somalischen Piraterie aus: Der nordöstliche Teil Somalias konstituierte sich 1998 als autonome Republik Puntland und blieb trotz dem andauernden Staatszerfall im südlichen Somalia während langer Zeit relativ stabil. Erst infolge des Konfliktes zwischen äthiopischen Truppen, Soldaten der somalischen Übergangsregierung und radikalen Islamisten geriet Puntland 2007 in den Sog jener Gesetzlosigkeit, die das verarmte Land seit Jahren im Griff hat. Das Resultat war ein sprunghafter Anstieg von Piraten-Attacken entlang Puntlands Küste.

Doch die Schweiz schwieg, als die äthiopische Armee Ende 2006 in Somalia einmarschierte, um die populären islamischen Scharia-Gerichte aus Mogadiscio zu vertreiben. Das EDA liess auch nichts von sich hören, als die Kämpfe in Südsomalia im September 2008 zur Vertreibung von rund 700 000 Menschen führten. Die internationale Gemeinschaft, Schweiz inklusive, kehrte Somalia den Rücken zu, als dieses im letzten Jahr seine grösste Krise durchstand. Das kriegsgeplagte Somalia tauchte erst dann

wieder auf dem Radar europäischer Aussenminister auf, als Piraten ihre Handelsinteressen gefährdeten. Das Schweizer Engagement für «Atalanta» ist heuchlerisch.

Niemand protestierte in den vergangenen 15 Jahren, als europäische und asiatische Firmen illegal somalische Gewässer leer fischten und Giftmüll versenkten. Gemäss einer Studie des renommierten Think-Tanks Chatham House verloren viele Fischer dadurch ihre Lebensgrundlage. Für einige von ihnen bietet die Piraterie eine alternative Einkommensquelle. «Atalanta» wird ihrem kriminellen Treiben vielleicht ein Ende setzen. Aber die Piratenjagd auf dem Indischen Ozean ist primär Symptombekämpfung. Sie leistet keinen Beitrag zum politischen Wiederaufbau Somalias. Die wahre Ursache der Piraterie, der komplette Staatszerfall, bleibt bestehen.

Doch politische Probleme lösen kann nur, wer eine politische Strategie hat. Das Leiden der somalischen Bevölkerung, die Rückkehr von somalischen Flüchtlingen aus der Schweiz in ihre Heimat und die Stabilisierung des Landes verlangen nach dringenden Antworten von somalischer und internationaler Seite. Staatsaufbau heisst die Devise. Anstatt die fragile Übergangsregierung von Sheikh Sharif Sheikh Ahmed zu unterstützen, brüsten sich die EU und nun auch die Schweiz mit ihrer Polizeiaktion auf hoher See.

Gerne rühmen linke und liberale Kreise die fortschrittliche Menschenrechts- und Friedenspolitik von Bundesrätin Calmy-Rey. Aber diese ist bisher nicht bis nach Afrika durchgesickert. Auch im 21. Jahrhundert bleibt der afrikanische Kontinent für die Schweizer Aussenpolitik ein weisser Fleck. Die Kopflösigkeit, mit der die Schweiz in Somalia agiert, kommt nicht von ungefähr. Nicht nur am Horn von Afrika operiert das EDA planlos. Das Schweizer Aussenministerium hat bisher auch für den Rest Afrikas keine politische Strategie entwickelt, die diesen Namen verdient.

Zwar investierte die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) 2007 rund 420 Millionen Franken in Entwicklung und Nothilfe

in Afrika. Auch wird ab und zu ein Schweizer Mediator in ein Krisengebiet entsandt. Aber weder gutgemeinte Entwicklungshilfe noch punktuelle Konflikt-Vermittlung ersetzen die Formulierung durchdachter Länder-Politiken. Das Beispiel Somalia zeigt, dass sich der Bundesrat nicht auf politischer Ebene mit Afrikas komplexen Realitäten auseinandersetzt. Möglicherweise fehlt es an Kapazitäten innerhalb der Verwaltung, denn Afrika ist für viele Diplomaten unattraktiv.

Oft wird auf solche Kritik mit dem Hinweis erwidert, dass die Schweiz ein kleines Land mit begrenzten Möglichkeiten sei. Wie Norwegen eindrücklich beweist, können kleine Staaten auf dem internationalen Parkett Grosses bewirken. Auch die Schweiz könnte Sinnvolles tun. Statt 30 Soldaten in den Golf von Aden abzukommandieren, könnte Bundesrätin Calmy-Rey international die Initiative für den Wiederaufbau Somalias ergreifen. Somalia würde es ihr danken.